

APA POSITION

Wirtschaftszusammenarbeit der EU mit Asien-Pazifik Perspektiven der deutschen Wirtschaft

Mai 2021

Inhalt

Kernbotschaften des APA.....	2
I. Zukunftsregion Asien-Pazifik	3
II. Diversifizierung	4
III. Regelbasierter Handel.....	6
IV. Nachhaltigkeit.....	8
V. Innovation.....	11
VI. Selbstbewusste EU-China Strategie jenseits globaler Entkopplung.....	12

Kernbotschaften des APA

- **Fokus auf wichtigste globale Wachstumsregion stärken:** Für die Sicherung des Wohlstandes in der EU wird es immer wichtiger, an der hohen Entwicklungsdynamik in Asien-Pazifik teilzuhaben und EU-Interessen wirksam zu vertreten. Der APA fordert deshalb eine gemeinsame Außenwirtschaftsposition der EU und ihrer Mitgliedstaaten.
- **Wirtschaftspartnerschaften in Asien-Pazifik diversifizieren:** Die Bedeutung Chinas als Wachstumsmarkt und dominante Größe in der Region wird in Zukunft weiter zunehmen. Deshalb ist es wichtig, den Fokus auf weitere Zukunftsmärkte in der Region zu weiten. Im Vordergrund sollte dabei die Verbesserung von Rahmenbedingungen durch FTAs stehen. Außerdem ruft der APA die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, das geoökonomische Potenzial der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie auszuschöpfen und sie mit den nötigen finanziellen Mitteln und Entscheidungskompetenzen zu unterlegen.
- **Dialog mit Asien-Pazifik ausbauen:** Die Bundesregierung und die EU sollten den Dialog mit Asien-Pazifik auf intensivem Niveau fortsetzen. Asien nimmt eine Schlüsselstellung bei der Bekämpfung des Klimawandels ein. Die deutsche Wirtschaft plädiert auch für einen beschleunigten Ausbau der Kooperation mit Wirtschaftsräumen, wo gemeinsame Werte und Interessen bestehen. Dazu gehören unter anderem die Verbesserung des Schutzes von Menschenrechten, gemeinsame Regeln zum Datenschutz oder der Abbau von Handelsbeschränkungen und -Nachteilen.
- **EU-Handelsstrategie für heterogene Region flexibel ausgestalten:** Als wichtigster Wachstumsraum wird Asien-Pazifik die globalen Handelsregeln maßgeblich prägen. Der APA unterstützt die aktive EU-Agenda zu bilateralen Handelsabkommen in Asien, hält aber weitergehende Impulse für notwendig. Am Ziel hoher Standards sollte sie festhalten, aber dabei auch flexible und modulare Lösungen in Betracht ziehen.
- **EU als Benchmark für Nachhaltigkeit aufstellen:** Die EU sollte beim Thema Nachhaltigkeit eine globale Führungsrolle einnehmen und sich als attraktiver Partner für die Zukunftsregion Asien-Pazifik positionieren. Das gilt sowohl für Technologien, Geschäftsmodelle als auch Emissions- und Verhaltens-Standards. Der „European Green Deal“ ist die Grundlage hierfür und wird von der deutschen Wirtschaft unterstützt. Allerdings bedarf es zügiger und überzeugender Umsetzungs-Strategien. Das schließt die unbürokratische Förderung von Schlüssel-Innovationen auf dem Nachhaltigkeitssektor mit ein.
- **EU als offenes und global vernetztes Innovationszentrum ausbauen:** Wichtigster Garant für eine effektive EU-Strategie in Asien-Pazifik ist die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Die EU benötigt dringend eine ambitionierte Agenda, die Forschung und Entwicklung technologieoffen fördert, die Umsetzungsgeschwindigkeit erhöht und die globale Konnektivität der Öko-Systeme vorantreibt.
- **Verstärkung der Interessensintegration mit China auf der Grundlage von Reziprozität und globaler Konvergenz:** Auf der einen Seite müssen Risiken, die sich aus der wirtschaftlichen Verflechtung mit China für unsere Marktwirtschaft und für die nationale Sicherheit ergeben, gezielt adressiert werden. Gleichzeitig dürfen Maßnahmen zur Risikominimierung nicht zu einer breiten wirtschaftlichen Entkopplung führen. Die EU muss ihr Interesse an einer Politik „unter Gleichen“ selbstbewusst in den Dialog mit den USA, Japan, Australien und anderen Partnern einbringen und auf der Basis einer eigenen Position Wege in eine langfristige Koexistenz mit China entwickeln. Das Ziel muss eine Steigerung der eigenen geoökonomischen Handlungsfähigkeit sein. Offenheit muss dabei eine Stärke der EU bleiben.

I. Zukunftsregion Asien-Pazifik

Das Jahr 2020 markierte in der langfristigen Verschiebung globaler wirtschaftlicher Kräfteverhältnisse eine historische Wegmarke. Zum ersten Mal seit dem frühen 19. Jahrhundert waren asiatische Ökonomien zusammengenommen wieder größer als der Rest der Weltwirtschaft (gemessen am Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität, IWF). Die Länder des Asien-Pazifiks sind die Haupttreiber dieser Entwicklung. Sie waren 2019 für etwa 70 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums verantwortlich (IWF). Der langfristige globale Bedeutungsgewinn Asien-Pazifiks wurde durch die Corona-Krise noch beschleunigt. Mehrere asiatische Ökonomien konnten die Pandemie vergleichsweise gut bewältigen und haben nun bessere Prognosen für eine rasche wirtschaftliche Erholung als Europa und die USA.

Für die Sicherung des Wohlstandes in Deutschland und Europa wird es immer wichtiger, an der hohen Entwicklungsdynamik der Asien-Pazifik-Region teilzuhaben und diese mitzugestalten. Der Anteil Asiens-Pazifiks am außereuropäischen Warenhandel der deutschen Wirtschaft betrug 2019 bereits über 40 Prozent und nimmt weiter zu. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung Asiens für die deutsche und europäische Wirtschaft wird der Abbau von Marktzugangsbarrieren in asiatischen Ländern und die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen wichtiger denn je. Dies gilt für China, das erhebliche Unterschiede im Wirtschaftssystem im Vergleich zur offenen Marktwirtschaft der EU aufweist, aber auch für andere Länder. Asien-Pazifik ist aber nicht nur die wichtigste Wachstumsregion, sondern längst auch ein wichtiger Innovationsstandort. Für die Innovationsstrategie international ausgerichteter Unternehmen wird es immer wichtiger, nicht nur mit Produktion und Vertrieb, sondern auch mit Forschung und Entwicklung in den dynamischen und technologieaffinen asiatischen Gesellschaften vor Ort zu sein. Asien nimmt zudem bei der Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen für mehr Resilienz eine Schlüsselrolle ein.

Parallel zum wirtschaftlichen Erstarren Asiens wächst auch die politische Bedeutung der bevölkerungsreichsten Weltregion. Asiatische Länder und allen voran China nehmen bei der Gestaltung der internationalen Ordnung eine immer größere Rolle ein. Egal ob es um die Weiterentwicklung der globalen Handelsregeln, die Regulierung digitaler globaler Vernetzung oder um die Bewältigung des Klimawandels oder die Bekämpfung von Pandemien geht – effektive Lösungen für globale Herausforderungen lassen sich nur im Dialog mit asiatischen Staaten erarbeiten und umsetzen.

Es liegt im strategischen Interesse Deutschlands und der EU, den Fokus auf die Region deutlich zu erhöhen. Belastbare wirtschaftliche und politische Partnerschaften mit asiatischen Ländern sowie eine erhöhte Präsenz in der Region sind essenziell, um die globale Zukunft effektiv mitzugestalten. Die Grundlage dafür ist eine starke und global handlungsfähige EU, die eigene ambitionierte Zukunftskonzepte entwickelt und erfolgreich umsetzt. Die EU muss sich zum weltweit vernetzten geoökonomischen Schwergewicht weiterentwickeln. Insbesondere beim Thema Nachhaltigkeit besteht für die EU die Chance, eine globale Führungsrolle einzunehmen und sich so als attraktiver Partner für die Asien-Pazifik-Region zu positionieren.

Der APA begrüßt die Indo-Pazifik-Leitlinien der Bundesregierung (2020). Auch die Indo-Pazifik-Papiere der französischen (2018) und niederländischen Regierung (2020) haben wichtige Impulse für die europäische Asiendebatte gebracht. Allerdings sind nationale Asienstrategien nicht ausreichend. Insbesondere mit Blick auf die Herausforderungen durch die aufstrebende

Weltmacht China kann nur ein kohärenter EU-Ansatz das nötige wirtschaftliche und politische Gewicht für eine effektive Durchsetzung eigener Interessen und Werte aufbringen. Der APA unterstützt deshalb den Beschluss des Rates der EU vom 16. April 2021, eine „EU-Strategie zur Kooperation im Indo-Pazifik“ zu entwickeln. Mit dem vorliegenden Papier will die deutsche Wirtschaft einen Beitrag zu ihrer Ausgestaltung leisten.

II. Diversifizierung

Die öffentliche Debatte zur Asien-Pazifik-Region ist meist auf China fokussiert. Dafür gibt es gute Gründe. China ist eine Weltmacht mit wachsenden internationalen Ambitionen und der wichtigste globale Wachstumsmotor. Die Größe des chinesischen Marktes entspricht in etwa derjenigen der übrigen Länder in Asien-Pazifik zusammengenommen. Dennoch ist es notwendig, den Fokus beim Blick auf die Region zu weiten. Eine Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten ist sinnvoll und sollte vor allem durch eine aktive EU-Freihandels- und -Außenwirtschaftspolitik in der Asien-Pazifik-Region unterstützt werden.

Deutschland und die EU müssen ein wachsendes Interesse daran haben, die Beziehungen zu Partnern wie Japan, Australien, Neuseeland oder Südkorea zu vertiefen, um neuen Herausforderungen auf der Basis demokratischer Werte und marktwirtschaftlicher Regeln zu begegnen. Ein wichtiges Ziel ist zum Beispiel eine gemeinsame Gestaltung regulatorischer Rahmenbedingungen in Bereichen wie Digitalisierung und Datenverkehr oder beim Umgang mit Subventionen und Staatsunternehmen.

Japan

Die Zusammenarbeit mit Japan nimmt hier eine zentrale Rolle ein. Auf der Grundlage der 2018 geschlossenen Abkommen (*Economic Partnership Agreement (EPA)* und *Strategic Partnership Agreement (SPA)*) sollte diese umfassend ausgebaut werden. Durch eine enge Zusammenarbeit kann die EU auch von der lang etablierten Position Japans in der Region profitieren. Besonders beim Ausbau von Infrastruktur ist Japan ein geschätzter Wirtschaftspartner, der sich gegenüber China behauptet und in einigen Ländern erfolgreich durchgesetzt hat. Japanische Produkte und Lösungen gelten vielerorts als preislich höhere aber langfristig nachhaltigere Alternativen. Eine stärkere europäisch-japanische Kooperation in der Region bietet sich an. Der APA begrüßt in diesem Sinne die 2019 geschlossene „*EU-Japan Partnership on Sustainable Connectivity and Quality Infrastructure*“.

ASEAN

Neben einer engeren strategischen Abstimmung mit demokratischen, marktwirtschaftlichen Partnern gilt es, sich beim Heben neuer Wachstumspotenziale in der Region strategisch zu positionieren. Die deutsche Wirtschaft begreift die Asien-Pazifik-Region insgesamt und nicht nur China als Wachstumsmarkt der Zukunft. Der Aufbau von zusätzlichen Standbeinen, die Erschließung neuer Märkte und die Verbreitung von Lösungen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere in Südost- und Südasiens, spielt eine zunehmend wichtige Rolle. Herausfordernd wirkt dabei die Heterogenität in der Region. Ein Blick auf die ASEAN-Staaten macht dies deutlich. Während die EU mit Vietnam kürzlich ein hochwertiges und umfassendes Freihandelsabkommen (FTA) abschließen konnte und Singapur längst als zuverlässiger wirt-

schaftlicher und politischer Partner in der Region etabliert ist, so bestehen in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern der Gemeinschaft unterschiedlich große Hürden. Der jüngste Militärputsch in Myanmar steht hier beispielhaft neben den politischen Unruhen in Thailand oder der anhaltenden politischen Krise in Malaysia. Es muss in der EU-Außen- und Handelspolitik darum gehen, den Spagat zu schaffen, Probleme offen anzusprechen und diese partnerschaftlich anzugehen, ohne in eine Spirale von Vorwürfen und Sanktionen abzugleiten.

Im Sinne einer rationalen geoökonomischen Strategie sollte die EU dennoch einen besonderen Fokus auf eine Vertiefung der Beziehungen mit ASEAN setzen. Dabei geht es nicht nur um die wachsende wirtschaftliche Bedeutung einzelner Mitglieder – etwa die wachsende Bedeutung Vietnams als Produktionsstandort oder das Marktpotenzial des bevölkerungsreichsten Mitgliedstaates Indonesien. Vielmehr wächst auch die politische Bedeutung ASEANs bei der institutionellen Gestaltung regionaler Rahmenbedingungen. Der APA begrüßt deshalb die offizielle Erhebung der Beziehungen zwischen der EU und ASEAN zu einer strategischen Partnerschaft im Dezember 2020. Damit haben beide Seiten eine neue Grundlage für eine umfassende ‚region-to-region‘ Kooperation geschaffen.

Indien

Auch die Beziehungen zu Indien sollten in einer EU-Asienstrategie einen Schwerpunkt bilden. Indien besitzt großes politisches und wirtschaftliches Gewicht und bietet daher sowohl als politischer Partner als auch als Wirtschaftspartner der EU großes Potenzial. Indiens Herausforderungen bei der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung bieten viele Ansätze für wirtschaftliche und technologische Kooperation. Um das Potenzial für eine Vertiefung der Wirtschaftszusammenarbeit mit Indien auszuschöpfen, sind allerdings weitere Wirtschaftsreformen, eine allgemeine Verbesserung der Rahmenbedingungen in Indien und Handelserleichterungen für den Export nach Indien unabdingbar. Der ausgeprägte Innenblick der indischen Politik erschwert Ansätze hin zu mehr Kooperation auf internationaler Ebene. Dennoch – oder gerade deshalb – sollte die EU den Dialog aktiv auf Augenhöhe weiterführen. Beide Seiten sollten den Raum für eine Vertiefung der Beziehungen auf Basis beiderseitiger Interessen abstecken. Die im Mai beschlossene Wiederaufnahme der Verhandlungen um ein Handelsabkommen ist ein richtiger Schritt in diese Richtung.

→ **Marktbasierte Diversifizierung von Investitionen:** Im Zuge des Handelskonflikts zwischen den USA und China – aber auch verstärkt durch die Auswirkungen der COVID19-Pandemie – haben in Politik und Wirtschaft Diskussionen um ein verbessertes Risikomanagement deutscher und europäischer Unternehmen in der Region an Dynamik gewonnen. Vom Zusammenbruch internationaler Lieferketten, wie häufig kolportiert, kann nicht die Rede sein. Eine im November 2020 vorgelegte Studie der OECD stellt klar, dass die internationale Verflechtung der Wertschöpfungsketten während der COVID19-Pandemie stabilisierend gewirkt hat.

In Bezug auf China kann festgehalten werden: Der absolute Großteil – rund 70 Prozent – der deutschen Unternehmen in China produziert für den chinesischen Markt und nicht für den Export. Eine Produktionsverlagerung aus China heraus kommt deshalb nur für die allerwenigsten Unternehmen in Frage. Die Bedeutung des chinesischen Marktes für die deutsche Wirtschaft nimmt eher weiter zu als ab. Eine Diversifizierungsstrategie sollte deshalb nicht darauf abzielen, Produktion aus China zu verlagern, sondern darauf, die

Aktivitäten um weitere Standbeine zu erweitern. Im Vordergrund sollte dabei die Verbesserung von Rahmenbedingungen durch FTAs stehen (siehe Kapitel IV).

→ **Die “EU-Asien Konnektivitätsstrategie” mit Leben füllen:** Die im September 2018 von der EU-Kommission vorgestellte Konnektivitätsstrategie zielt auf einen Ausbau der Transport-, Energie- und Digitalinfrastruktur auf dem eurasischen Kontinent ab. Aus Sicht des APA sollte sie eine zentrale Rolle dabei spielen, die Präsenz der EU in der Region zu erhöhen. Die Strategie macht bei Projekten zurecht fairen Wettbewerb, Offenheit, Transparenz, soziale, ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit sowie lokale Wertschöpfung zur Bedingung. Die an hohen Qualitätsstandards orientierte europäische Wirtschaft kann zur Erreichung dieser Ziele beitragen. Aber das geoökonomische Potenzial der Strategie bleibt bislang unausgeschöpft. Erforderlich ist vor allem eine solide finanzielle Unterlegung der Strategie. Der APA plädiert für einen eigenen Haushaltstitel der EU für Konnektivitäts-Projekte. Durch eine kohärente Abstimmung zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaaten könnten direkte Projektmittel der EU und deren Vergabe insbes. über die EIB mit Projektmitteln der Entwicklungsbanken der Mitgliedstaaten verzahnt werden und so ihre Wirkung vervielfachen. Öffentlich-private Partnerschaften könnten zusätzliche Impulse bringen. Weiterhin braucht es eine klare Definition strategischer Fokusziele, eine enge Verzahnung mit verwandten EU-Programmen sowie eine zentrale und hochrangige Koordinierungsstelle innerhalb der EU-Institutionen, an die sich Unternehmen aus den Mitgliedstaaten wenden können.

Außerdem muss die Strategie besser beworben werden. Partnerländer außerhalb der EU sollten wissen, was sie von der Strategie in welchem Umfang erwarten können. Eine gezielte politische Unterstützung durch die Mitgliedstaaten ist dabei für eine effektive Implementierung unabdingbar. Die deutsche und europäische Wirtschaft wartet darauf, ihre Kompetenz bei der Nachhaltigkeit von Infrastruktur- und Digitalprojekten in eine schlagkräftige und umfassende EU-Strategie einbringen zu können. Gezielte Konnektivitäts-Partnerschaften könnten helfen, die Implementierung der EU-Strategie voranzutreiben. Die Konnektivitäts-Partnerschaft mit Japan sollte hier eine Vorreiterfunktion einnehmen. Dazu muss die EU zusammen mit Japan rasch konkrete gemeinsame Leuchtturmprojekte von Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit oder Digitalisierung auf den Weg bringen. Neben Japan bieten sich auch die USA, Australien, Südkorea und Indien als Partner an.

III. Regelbasierter Handel

Die multilaterale Handelsordnung befindet sich in einer tiefen Krise. Nicht nur kommt eine umfassende Reform der Welthandelsorganisation (WTO) seit Jahren nicht zustande. Auch die Funktion der WTO als zentrales Streitschlichtungsorgan für internationale Handelskonflikte ist durch die US-Blockade des nunmehr dysfunktionalen WTO Appellate Body inzwischen schwer beschädigt. Die Bedeutung bi- und plurilateraler FTAs hat in der Folge stark zugenommen.

Die Zukunft der globalen Handelsregeln wird maßgeblich durch die Asien-Pazifik-Region als wichtigstem Wachstumsraum geprägt. Der Abschluss der RCEP im November 2020 hat die Bedeutung der Region und insbesondere Chinas für die Gestaltung des Welthandels unterstrichen. Mit einer Bevölkerung von 2,3 Milliarden Menschen und einem Anteil von 30 Prozent

der Weltwirtschaftsleistung stellt RCEP eines der relevantesten FTAs der Welt dar. Das Abkommen weist zwar im Vergleich mit modernen EU-Handelsverträgen große Lücken auf. So ist kein Nachhaltigkeitskapitel – weder zu Arbeitsnormen noch zum Umweltschutz – enthalten. Auswirkungen von Subventionen und Staatsunternehmen auf den Handel werden nicht erfasst. Insbesondere aufgrund harmonisierter Ursprungsregeln ist RCEP dennoch ein bedeutender Schritt für die regionale Wirtschaftsintegration. In der Folge könnte der Handel zwischen den RCEP-Mitgliedern steigen und der mit Nicht-Mitgliedern sinken. Europäische Exporteure müssen vor allem gegenüber japanischen, südkoreanischen und chinesischen Konkurrenten mit einer relativen Verschlechterung des Marktzugangs zur Region und mit handelsumlenkenden Effekten rechnen. Der Wettbewerbsdruck auf den Standort EU nimmt mit RCEP zu.

Für die EU und auch für die USA stellt RCEP einen Weckruf dar. Beide sind derzeit nicht effektiv in die regionale Gestaltung der wichtigsten Wachstumsregion einbezogen. Die EU hat in den letzten Jahren erfolgreich eine sehr aktive und ambitionierte Handelspolitik in der Region verfolgt und konnte eine Reihe umfassender bilateraler FTAs mit hohen Standards abschließen. Der APA unterstützt den handelspolitischen Ansatz der EU in Asien. Wir halten aber neue Impulse für notwendig, um bei der Gestaltung der globalen Handelsordnung erfolgreich eigene Werte und Interessen durchzusetzen.

→ **Internationale Zusammenarbeit auf multi- und plurilateraler Ebene flexibel und themenbasiert gestalten:** Für die deutsche Wirtschaft ist es ein Hauptanliegen, das multilaterale Handelssystem zu stärken und zu modernisieren. Die EU sollte weiterhin energisch auf eine Reform der WTO hinarbeiten. Priorität muss dabei die Wiedereinsetzung der Funktionsfähigkeit des Appellate Body sein und bis dahin ein funktionierender Ersatzmechanismus sein. Eine Aktualisierung der WTO-Subventionsregeln ist darüber hinaus genauso wichtig wie ein Abschluss der Verhandlungen zu illegalen Fischereisubventionen, wo Indien und China bisher bremsen. Verhandlungen zu WTO-E-Commerce, Umweltgütern, Gesundheitsgütern sowie Investitionserleichterungen und Mittelstand sollten ebenfalls rasch vorangetrieben werden. Schließlich wäre ein Beitritt Chinas und weiterer asiatischer Länder zum WTO-Abkommen für Öffentliche Aufträge relevant. Hier muss China sein letztes Angebot weiter verbessern. Der multilaterale Prozess kann ein Eckpfeiler sein, um den Wettbewerb mit China dauerhaft im Sinne eines Level-Playing-Field zu regeln. Dafür müssen die offenen Marktwirtschaften einen gemeinsamen Ansatz verfolgen und in einen konstruktiven Dialog mit China und anderen WTO-Mitgliedern eintreten.

Aber auch unterhalb der multilateralen Ebene bedarf es verstärkter Anstrengungen. In Bereichen, in denen internationale Regeln und Normen noch in der Entwicklung sind, sollte die EU flexibel bleiben. Zu diesen Themen gehören derzeit insbesondere künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, digitaler Handel und Datenflüsse. Wo immer es Interessenüberschneidungen in diesen Bereichen zulassen, sollten Verhandlungslösungen mit China gefunden werden, um einer globalen technologischen Fragmentierung entgegenzuwirken. Wo dies nicht der Fall ist, sollte die EU ihre Interessen in einem möglichst breiten Verbund gleichgesinnter Partner verfolgen.

→ **Regionales Abkommen mit Asien-Pazifik anstreben:** Die EU hat in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von bilateralen Abkommen mit asiatischen Partnern wie Südkorea, Japan, Singapur und Vietnam abgeschlossen. Weitere Abkommen, etwa mit

Australien, Neuseeland oder Indonesien, werden derzeit verhandelt. Die deutsche Wirtschaft unterstützt die aktive bilaterale FTA-Agenda der EU in Asien. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob auch regionale Abkommen nach dem Vorbild von RCEP ein möglicher Weg sind. Die EU sollte dabei am Ziel partnerschaftlich vereinbarter hoher Standards festhalten. Zur Erreichung von Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Handelspartnern könnten aber in Zukunft flexiblere und modulare Lösungen gefordert werden. Zum Beispiel könnte die EU in Verhandlungen mehr auf flexible Übergangsfristen oder ein schrittweises Inkrafttreten einzelner Module setzen.

- **Neustart für eine transatlantische Kooperationsagenda als Gegengewicht zu RCEP anstreben:** Die USA haben mit ihrem Ausstieg aus TPP und beide Wirtschaftsblöcke, USA und EU, mit dem Scheitern von TTIP, große Chancen verpasst, prägende Wirtschaftsallianzen zu schaffen. Mit der Schaffung der RCEP entsteht ein asiatischer Markt mit niedrigen bis gar keinen Zöllen und harmonisierten Ursprungsregeln. Diese Freihandelszone ist dem United States Mexico Canada Agreement on Trade (USMCA) oder der EU zwar nicht in der Regelungstiefe, aber im wirtschaftlichen Potenzial um Längen überlegen. Eine Neuordnung der transatlantischen Wirtschaftszusammenarbeit wäre ein wichtiges Gegengewicht.
- **Lücken bei wirtschaftspolitischen Defensivinstrumenten schließen, ohne abzuschotten:** Die EU braucht ausbalancierte und effektive Instrumente, um die marktwirtschaftliche Ordnung widerstandsfähig gegen Marktverzerrungen zu machen, die von außen in den Binnenmarkt hineingetragen werden. Im Handel hat die EU mit der Reform der Antidumping-Grundverordnung 2017 bereits eine wichtige regulatorische Anpassung vorgenommen. Auch zukünftig sollte das Handelsschutz-Instrumentarium ständig überprüft und nach Bedarf angepasst werden. Zudem braucht es weiterhin intensive multilaterale Bemühungen zum Abbau von Subventionen. Außerhalb des Güterhandels bestehen noch größere regulatorische Lücken. Der im Mai 2021 veröffentlichte Legislativvorschlag der EU-Kommission über ein neues wettbewerbsrechtliches Instrument zum Umgang mit Subventionen aus EU-Drittstaaten zeigt Wege auf, bei Übernahmen, öffentlichen Ausschreibungen und anderen wirtschaftlichen Investitionen einer bestimmten Größenordnung gegen Marktverzerrungen durch ausländische Subventionen entschieden vorgehen zu können. Wichtig ist, dass das Instrument kohärent zu anderen Rechtsakten und -instrumenten ist, und neue bürokratische Belastungen, Kosten und Risiken für EU-Unternehmen eng begrenzt bleiben. Die deutsche Wirtschaft unterstützt auch das europäische International Procurement Instrument (IPI) und den darin verankerten Grundsatz der Reziprozität bei öffentlichen Aufträgen. Es sollte aber EU-Unternehmen im Vergleich zum Status-quo nicht zusätzlich belasten bei der Bewerbung um öffentliche Aufträge in der EU.

IV. Nachhaltigkeit

Auch in Zeiten der COVID19-Pandemie bleibt die klimafreundliche Umgestaltung der Weltwirtschaft die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen eines Verschleppens wären verheerend.

Asien steht aufgrund seiner hohen Entwicklungsdynamik vor besonders großen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Nicht nur in China, auch in Indien und vielen Ländern Südasiens sind die ökologischen und sozialen Herausforderungen vielschichtig. Derweil

müssen sich die Industrieländer in und außerhalb der Region Asien-Pazifik zu ihrem historischen Beitrag zum Klimawandel bekennen und schnellstmöglich den Umbau ihrer Industrien vorantreiben.

Gleichzeitig erheben Verbraucher mit Recht immer energischer den Anspruch, dass Unternehmen bei der Erzeugung und Bereitstellung ihrer Produkte und Dienstleistungen die ökologische und die soziale Dimension von Nachhaltigkeit im Blick haben. Die Erwartung, nicht nur an politische, sondern auch an wirtschaftliche Akteure, ist immer mehr, autokratischen Tendenzen entgegenzutreten. Die Einhaltung von Menschenrechten und Arbeitsstandards gehören im 21. Jahrhundert zum normalen Wirtschaftsverständnis dazu. Unternehmenseigene Leitlinien zur *corporate social responsibility* werden kontinuierlich überprüft und ihre Umsetzung von Unternehmen einem immer engeren Monitoring unterzogen.

Ein Rückzug aus bestimmten Märkten wäre ebenso wenig zielführend wie das blinde Hoffen auf eine automatische Erfüllung der Maxime „Wandel durch Handel.“ Gefragt ist eine aktive Mitgestaltung und ein selbstbewusstes Pochen auf Regeln für ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Deutschland und die EU sollten Lösungen für die bestehenden Herausforderungen anbieten und gleichzeitig auf die Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Normen und Ziele drängen. Erfolgreiche Nachhaltigkeitskonzepte machen die europäische Wirtschaft als Partner für Asien attraktiv. Ein klarer politischer Rahmen für soziale Nachhaltigkeit ist essenziell, um Unternehmen bei ihrem Engagement in der Region Orientierung zu geben.

→ **European Green Deal energisch und wirtschaftlich pragmatisch umsetzen:** Mit einer modernen EU-Industriestrategie, die Ziel-Definitionen, Planungssicherheit und gezielte Forschungs- und Innovationsförderung zur Entwicklung von Zukunftstechnologien enthält, könnte der European Green Deal europäischen Unternehmen einen einzigartigen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Mit einer erfolgreichen Klimapolitik kann die EU eine globale Führungsrolle einnehmen und sich als Partner für nachhaltige Entwicklung für Asien anbieten. Europäische Unternehmen sind im Bereich umwelt- und ressourcenschonender Produktion an der Weltspitze.

Eine Zusammenarbeit mit Partnern in der Region kann diesen Leuchtturmcharakter noch verstärken – ein Beispiel könnte die angestrebte Wasserstoffkooperation mit Australien sein. Auch das SPA mit Japan bietet eine gute Plattform für gezielte Technologiekooperationen zur Förderung von ökologischer Nachhaltigkeit. Um ein *carbon leakage* zu verhindern – das heißt eine Verlagerung von CO₂-Emissionen in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen – ist der Einsatz der EU für die Umsetzung internationaler Klima-Ziele in Asien-Pazifik von zentraler Bedeutung. Der zollfreie Zugang zum großen EU-Binnenmarkt bleibt für viele Länder in Asien-Pazifik attraktiv, er sollte aber an Regeln zur Verfolgung hoher Nachhaltigkeits-Standards gekoppelt werden.

→ **Positionierung der EU als globaler „Green Champion“:** Die EU hat mit Blick auf Nachhaltigkeit ein ernstzunehmendes Problem bei der Selbstvermarktung. Internationale Partner nehmen die europäische Klimapolitik häufig als überambitioniert, kleinteilig und realitätsfern wahr und fühlen sich mit Blick auf die Inklusion von Nachhaltigkeits-Klauseln in Handelsverträgen in ihren Entwicklungspotenzialen eingeschränkt. Andererseits fällt es der EU aufgrund interner Interessenlagen selbst punktuell schwer, anspruchsvolle FTAs mit Wertepartnern zum Abschluss zu bringen – etwa im Falle Neuseelands, das in den

aktuellen Verhandlungen teils über die Forderungen der EU hinausgeht. Notwendig ist eine konsequente und kohärente Politik auf EU-Ebene, für die sich auch die deutsche Regierung einsetzen muss. Das Setzen ambitionierter Ziele ist zu wenig. Die EU muss sich international vor allem durch eine technologisch, wirtschaftlich und sozial vertretbare Umsetzung der Ziele hervortun. Der „European Green Deal“ ist die Grundlage hierfür und wird von der Wirtschaft unterstützt.

- **Entschiedener Einsatz für Menschenrechte:** Für die deutsche Wirtschaft ist die Universalität der Menschenrechte nicht verhandelbar. Die Definition eines würdevollen Lebens ist in ihren Grundzügen nicht kulturspezifisch. Sie gilt weltweit. Laut Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gehört das Recht auf freie Berufswahl und befriedigende Arbeitsbedingungen zur angeborenen Würde, unabhängig von Religion oder ethnischer Herkunft. Daraus ergibt sich unter anderem das klare Bekenntnis der deutschen Wirtschaft gegen Zwangsarbeit vorzugehen und diese auch bei ihren unmittelbaren Lieferanten auszuschließen. Die deutsche und europäische Politik kann sich daher der vollen Unterstützung der deutschen Wirtschaft gewiss sein, wo sie Verstöße gegen internationale Arbeitsstandards deutlich adressiert und die Ratifizierung bzw. konsequente Umsetzung der entsprechenden ILO-Konventionen einfordert. Diese Unterstützung gilt auch für den politischen Einsatz gegen die Einschränkungen anderer unveräußerlicher Rechte, etwa der Meinungs- und Pressefreiheit oder des Versammlungsrechts.
- **Sorgfaltspflichten in der Lieferkette praxistauglich ausgestalten:** Für die deutsche Wirtschaft sind die verantwortungsvolle Gestaltung von globalen Lieferketten und die Achtung von Menschenrechten selbstverständlich. Deshalb haben insbesondere global tätige Unternehmen zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte internationale *codes of conduct* und Lieferantenvträge, in welchen sie sich und ihre Partner zur Achtung von Menschenrechten verpflichten. Diese Verpflichtungen übernehmen die Unternehmen im eigenen Interesse und halten sich zur Überprüfung der Einhaltung an dafür entwickelte Prozesse. Die internationale Tätigkeit deutscher Unternehmen trägt vor Ort zu höheren Standards bei Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechten und einem besseren Aus- und Weiterbildungsniveau bei.

Ein EU-Lieferkettengesetz muss die Sorgfaltspflichten von Unternehmen realistisch bemessen und diese praxistauglich und mittelstandsfreundlich ausgestalten. Bereits bestehende Zertifikate zur Einhaltung von Sozialstandards und Menschenrechten müssen ausreichend berücksichtigt werden, aber sollten nicht als ausschließliche Grundlage für Sorgfaltspflichten dienen. Die deutsche Wirtschaft plädiert für einen limitierten Anwendungsbereich (etwa auf direkt überprüfbare Zulieferer), einen hohen Schwellenwert und Unterstützungsmaßnahmen für betroffene mittelständische Unternehmen. Eine zivilrechtliche Haftung für Dritte, die nicht im unmittelbaren Einflussbereich der Unternehmen liegen, muss ausgeschlossen werden. Ein Lieferkettengesetz darf der Wirtschaft nicht Pflichten auferlegen, die auch EU-Regierungen in Vereinbarungen mit anderen Staaten schon seit einigen Jahren nicht durchzusetzen vermögen.

- **Berufsbildung als Beitrag zu wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit:** Die Förderung von beruflicher Bildung ist ein niederschwelliger Faktor zur Existenzsicherung, Steigerung und Erhaltung von Lebensqualität sowie Chancengleichheit für eine Vielzahl von Menschen. Gleichzeitig bietet sie im Rahmen von Weiterbildung und Konzepten lebenslangen Lernens die Möglichkeit einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teil-

haben für Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Regionen. Berufsbildung ist ein entscheidender Treiber zur Anwendung und Umsetzung von Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft und sollte insofern ein fester Bestandteil einer EU-Asien-Strategie sein. Die deutsche Wirtschaft, einschließlich der deutschen Auslandshandelskammern, ist bereit, ihre jahrzehntelangen Erfahrungen in der beruflichen Bildung in die verstärkte Zusammenarbeit mit Asien-Pazifik einzubringen.

V. Innovation

Während einige Länder Asiens bereits seit langem als erfolgreiche Innovationsstandorte etabliert sind – etwa Japan, Südkorea oder Singapur – so verstärkt sich in den letzten Jahren der Eindruck, dass die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaften in der gesamten Region rapide zunimmt. Trotz einiger Defizite im Bereich der Digitalisierung sind Deutschland und Europa im Bereich Forschung und Entwicklung im globalen Vergleich aber noch stark. Deutschland rangiert in der weltweiten Rangliste des Innovationsindikators von BDI, Fraunhofer ISI und ZEW auf Platz vier. Mit Platz zwei ist Singapur das einzige asiatische Land in den Top 10, die vor allem von europäischen Ländern dominiert werden. China ist seit dem Jahr 2000 lediglich um drei Ränge geklettert, von 29 auf 26. Dennoch stellen Herausforderungen, wie das Management von Megastädten und die Belastung der Umwelt durch Transport und industrielle Produktion, die Länder der Region unter Handlungsdruck, der zur Innovationsdynamik vor Ort beiträgt. Wer Weltmarktführer sein will, muss in der dynamischen Asien-Pazifik-Region auch mit Forschung und Entwicklung aktiv sein.

Während dabei insbesondere die Digitalisierung globale Chancen eröffnet, beobachtet der APA mit Sorge gerade in diesem Bereich den Aufbau von Barrieren zwischen den digitalen Ökosystemen der großen Volkswirtschaften China und USA. Es gilt daher, die Effekte von Entkopplungstendenzen auf Lieferketten und F&E-Systeme zu begrenzen und zurückzufahren. Die Flexibilität international operierender Unternehmen, sich auf entkoppelte Standards, Zulieferer und Produktionsstandorte einzustellen, ist begrenzt und der Schaden für europäische Volkswirtschaften wäre enorm. Der Ausbau Europas als Innovationsstandort im Wettrennen um die Lösungen von morgen ist ebenso wichtig, wie die Stärkung der internationalen Kooperation.

→ **Eigene Innovationskraft stärken:** In einer freien Marktwirtschaft soll der Staat die Unternehmen nicht von unternehmerischen Risiken befreien. Eine ambitionierte Agenda der EU, die technologieoffene Forschung und Entwicklung in den Mitgliedstaaten zusammen mit leistungsfähigen Instrumenten zur Überführung von Innovationen in die Wirtschaft fördert, bleibt jedoch ein wichtiges Vehikel zum Erhalt unserer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Die europäische Wirtschaft benötigt Rahmenbedingungen, die Flexibilität, Kreativität und Geschwindigkeit ermöglichen. Dazu gehören agile Instrumente, wie *regulatory sandboxes* bzw. Reallabore, themenoffene und gut zugängliche mittelstandsorientierte Forschungsförderprogramme, mehr Investitionen in (digitale) Bildung, die entschlossene Förderung von Schlüsseltechnologien, die bessere Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, Bürokratieabbau bei Förderanträgen, die Bereitstellung von ausreichendem Risiko- und Wachstumskapital, eine moderne und international orientierte Datenpolitik sowie die Gewährleistung von Datensicherheit.

- **Platz am Tisch der globalen Debatte zu digitalen Standards behalten:** Mit der DSGVO hat die EU trotz aller Kritik ihre regulatorische Schlagkraft bewiesen. Die Beeinflussung globaler Normen, Gesetze und Standards, entsprechend den europäischen Sicherheits-Interessen, Werten und dem starken Fokus auf den Schutz individueller Daten, bleibt im strategischen Interesse der EU, gerade mit Blick auf die Technologien der Zukunft (z. B. KI, 5G, Cloud-Computing). Das jüngste Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz der EU zeigt hier in die richtige Richtung und muss rasch umgesetzt werden. Insgesamt gilt es, die negativen Auswirkungen des Auseinanderdriftens von Normen und Standards zwischen den führenden Volkswirtschaften zu minimieren. Gespräche mit den Regierungen der USA, Chinas und aufstrebenden Volkswirtschaften aus Asien-Pazifik über die Ausgestaltung digitaler Infrastrukturen sollten intensiviert werden.
- **Forschungs- und Entwicklungskooperationen mit Asien-Pazifik ausbauen und dabei auch Risiken im Blick haben:** Europäische Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen haben ein starkes Interesse am Ausbau ihrer Aktivitäten in der dynamischen Asien-Pazifik-Region. Politik, Forschung, Wirtschaft und Kultur in der EU brauchen gleichermaßen mehr Asienkompetenz. Der APA empfiehlt, Austausch-Programme mit Asien-Pazifik in Wissenschaft und Bildung auszubauen und gleichzeitig den Erfahrungsaustausch in der EU über positive und negative Erfahrungen der F&E-Kooperation mit Asien-Pazifik zu intensivieren. Kohärente EU-Ansätze der F&E-Kooperation sollten in den Mitgliedstaaten Vorrang genießen vor nationalen Programmen. Die Kooperation sollte dort zurückgefahren werden, wo verstärkt negative Erfahrungen mit dem Schutz von Technologie gemacht werden.

VI. Selbstbewusste EU-China Strategie jenseits globaler Entkopplung

Die Wirtschaftsbeziehungen zu China sind bei der strategischen Aufstellung der EU gegenüber der Asien-Pazifik-Region von besonderer Bedeutung. Dies gilt nicht nur aufgrund der enormen wirtschaftlichen Größe und Dynamik Chinas. Vielmehr erfordert ein neuer globaler Wettbewerb zwischen demokratischen Marktwirtschaften und Chinas parteistaatlich gelenkter Hybridwirtschaft eine abgestimmte ressortübergreifende europäische Strategie, die sich auch explizit in einem Asienkonzept der EU spiegeln sollte.

Chinas System konvergiert weder politisch noch wirtschaftlich mit den Prinzipien und Werten demokratischer Marktwirtschaften. Staatswirtschaftlich induzierte Marktverzerrungen wirken sich zunehmend auch im EU-Binnenmarkt und auf Drittmärkten aus. Außerdem prägt China andere Märkte, internationale Institutionen und globale wirtschaftliche, technologische und politische Normen zunehmend nach eigenen Interessen und Werten, die sich oft nicht mit denen der EU decken.

China-Strategie der EU

Der APA wertet die China-Strategie der EU-Kommission vom März 2019 positiv, nach der China gleichzeitig ein Kooperations- und Verhandlungspartner, ein wirtschaftlicher Wettbewerber und ein systemischer Rivale ist. Anstatt auf eine umfassende Entkopplung und Konfrontation einerseits oder eine möglichst enge konflikt-averse Partnerschaft andererseits zu

setzen, beschreitet die EU mit der „*Communication of the European Commission on China*“ den Weg einer differenzierten Strategie. Die komplexen Beziehungen zu China erfordern ein ausgewogenes mehrgleisiges Vorgehen.

Auf der einen Seite müssen die Risiken und Nachteile, die sich aus einer engen wirtschaftlichen und technologischen Verflechtung mit China für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Prozesse und für die nationale Sicherheit ergeben, ernst genommen werden. Es gilt, diese gezielt zu adressieren und langfristige EU-Interessen und Werte selbstbewusst gegenüber China zu vertreten. Denn nur durch ein effektives Risikomanagement lässt sich die enge Wirtschaftsbeziehung mit China trotz der systemischen Unterschiede in eine nachhaltige Zukunft führen.

Gleichzeitig dürfen bestehende Risiken nicht die gesamte Wirtschaftskooperation mit China in Frage stellen. China bleibt ein entscheidender Wachstumsmarkt und Innovationstreiber. Eine breite wirtschaftliche Entkopplung ist nicht im Interesse der EU. Abhängigkeit ist keine Schwäche, solange sie gegenseitig ist. Gegenseitige Abhängigkeit kann zur Stabilität unserer Beziehungen beitragen. Außerdem kommt die EU trotz aller Differenzen in zentralen Fragen, wie dem Klimaschutz oder der Reform der WTO, nur mit und nicht gegen Peking voran.

Die heutige Koexistenz unterschiedlicher Systeme wird bestehen bleiben. Kooperation, Wettbewerb und Konfrontation müssen sich die Waage halten und die Koexistenz verantwortungsvoll gestaltet und immer wieder neu austariert werden. Auch die deutsche Wirtschaft trägt in der Frage der Auswirkungen ihres Engagements Verantwortung. In der Gestaltung dieser Koexistenz sollte die EU mit anderen demokratischen Marktwirtschaften – insbesondere den USA und denen in Asien – eng zusammenarbeiten.

Globale Entkopplung

Der Konflikt zwischen den USA und China wirft zunehmend die Frage auf, ob die beiden größten Volkswirtschaften der Welt auf eine umfassende Entkopplung zusteuern und so eine neue, von politischer und geoökonomischer Rivalität geprägte Ära der De-Globalisierung einläuten. Wachsende Divergenzen in den Bereichen Technologiestandards und Datenregulierung zwischen den USA, China aber auch der EU führen zu einer Zersplitterung globaler Technologiemärkte und erhöhen den Druck auf Unternehmen zur Lokalisierung. Europäische Unternehmen geraten zunehmend ins Kreuzfeuer sicherheitspolitischer Maßnahmen, die sich auf technologische Wertschöpfungsketten auswirken. Steigende Kosten durch Doppelstrukturen bei Lieferketten, Datenspeicherung und Forschung und Entwicklung sowie sinkende Skaleneffekte bedrohen insbesondere das Geschäftsmodell des exportorientierten deutschen Mittelstandes.

Die US-Regierung hat die Entkopplung in den letzten zwei Jahren durch unilaterale und extraterritoriale Maßnahmen forciert. Die USA reagieren damit allerdings auf Chinas anhaltende selektive Marktöffnung, nicht-tarifäre Handelshemmnisse, staatliche Wettbewerbsverzerrungen, die Stärkung von Parteistrukturen und politischer Kontrolle in der chinesischen Wirtschaft, einen ausgeprägten ökonomischen Nationalismus und dadurch ausgelöste Wettbewerbsverzerrungen in globalen Märkten. Peking hat im Zuge des Konflikts mit den USA und der Corona-Krise seine industriepolitischen Ambitionen zur wirtschaftlichen und techno-

logischen Unabhängigkeit unter dem Schlagwort „*dual circulation*“ noch einmal deutlich verstärkt. Außerdem legt sich Peking zunehmend ein eigenes Instrumentarium für unilaterale und extraterritoriale Maßnahmen zurecht.

Die EU hat ein überragendes Interesse daran, eine breite technologische und wirtschaftliche Entkopplung zu verhindern. Die globale Vernetzung der europäischen Wirtschaft ist eine ihrer größten Stärken. Die EU steht mit diesem Interesse nicht allein. Insbesondere die Länder der Asien-Pazifik-Region wollen eine Situation vermeiden, in der sie sich weitgehend zwischen zwei von den USA und China geführten Wirtschafts- und Technologiesphären entscheiden müssten. Die EU sollte ihr grundlegendes Interesse an einem ausgeglichenen Ansatz, der nicht auf eine umfassende globale Entkopplung und Blockbildung setzt, selbstbewusst in den Dialog mit den USA und anderen Partnern einbringen. Dies wird der EU umso besser gelingen je stärker sie ist und je geschlossener sie agiert.

Die EU sollte die Chance nutzen, als mäßigende Macht aufzutreten und gemeinsam mit den USA und Partnern wie Japan und Australien aktiv Strategien für einen Weg in eine langfristige Koexistenz mit China zu entwickeln. Eine gemeinsame Definition von sicherheitssensitiven Bereichen sowie gemeinsame Verhandlungspositionen für einen Dialog mit China würden einer globalen technologischen Zersplitterung entgegenwirken. Die EU kann damit dazu beitragen, dass die Konfrontation zwischen den USA und China nicht zu einer Gefährdung der Globalisierung wird.

In diesem Sinne sollte das von der Kommission vorgebrachte Konzept der „offenen strategischen Autonomie“ weder als eine Abkehr globaler Vernetzung noch als eine Abkehr von der traditionellen transatlantischen Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten beruht, interpretiert werden. Das Ziel sollte eine Steigerung der eigenen geoökonomischen Handlungsfähigkeit sein. Offenheit muss dabei eine Stärke der EU bleiben. Die EU muss international mehr Präsenz zeigen, nicht weniger.

- ➔ **Geschlossen und selbstbewusst gegenüber China auftreten:** Den Herausforderungen durch China ist kein EU-Mitgliedstaat allein gewachsen. Antworten kann nur ein starkes und vereintes Europa geben. Die deutsche Wirtschaft unterstützt eine einheitliche EU-Strategie, EU-weite Politikansätze und mehr EU-Instrumente. Ziel sollte sein, die strategische und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der EU deutlich zu erhöhen. Unabdingbar gehören hierzu eine Stärkung des Industriestandortes, große Innovationskraft sowie sicherheits- und verteidigungspolitische Fähigkeiten. Um Geschlossenheit in der EU zu erreichen, müssen auch Interessen innerhalb der Union ausbalanciert werden. Dies impliziert ausdrücklich die Bereitschaft Deutschlands, bestehende Positionen im europäischen Rahmen in sinnvollem Maße zur Disposition zu stellen und an einem maximalen Gesamtnutzen für den EU-Binnenmarkt zu orientieren. Dazu gehört auch, dass alle EU-Mitgliedstaaten jeweils dort ihre individuelle Paralleldiplomatie mit China auslaufen lassen, wo sie EU-Positionen schwächt. Die EU sollte ihre wirtschaftliche Stärke in politisches Selbstbewusstsein übertragen und eine „One-Europe“-Politik von China einfordern.
- ➔ **Agenda zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes EU energisch umsetzen:** Wichtigster Garant für eine effektive EU-Strategie gegenüber China ist die Stärkung der eigenen Position. Wenn Deutschland und die EU auch in Zukunft mit der aufstrebenden Weltmacht China konkurrieren wollen, muss die Innovationsfähigkeit in der EU durch eine

ambitionierte moderne Industriepolitik erhöht werden. Nur als starker globaler Innovationstreiber ist die EU in der Lage, selbstbestimmt mit China zu interagieren. Dabei sollten EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten nicht dem dirigistischen Ansatz chinesischer Industriepolitik folgen, sondern versuchen, die Effizienzvorteile der Marktwirtschaft stärker auszuspielen. Zentrale Forderungen der Wirtschaft sind hier der Ausbau der digitalen und anderer Infrastrukturen, ein ambitionierter Ausbau der europäischen Forschungs- und Innovationsförderung, schnellere Verfahren zur Genehmigung von Investitionsvorhaben, Investitionen in Bildung und vor allem endlich eine echte Vertiefung des Binnenmarkts – für Digitales, Energie und Dienstleistungen. Besonderen Fokus sollte die EU dabei auf das Thema Nachhaltigkeit legen. Ein Innovationsschub rund um einen European Green Deal würde es nicht nur erlauben, mit China aus einer Position der Stärke zu verhandeln, sondern böte auch eine Grundlage, die notwendige Kooperation zur Bekämpfung des Klimawandels selbstbewusst von China einzufordern.

- **CAI in umfassende China-Agenda einbetten:** Das Ende 2020 zwischen EU-Kommission und chinesischer Regierung vereinbarte umfassende Investitionsabkommen (CAI) enthält eine Reihe wichtiger Fortschritte. Insgesamt wertet der APA das Abkommen als Teilelement einer Gesamtstrategie positiv. Es liefert jedoch keine vollkommen gleichen Wettbewerbsbedingungen, keinen symmetrischen Marktzugang und hat deutliche Defizite in den Bereichen Nachhaltigkeit und Grundrechten von Arbeitnehmern. Daher muss die EU den Druck auf China für das Erreichen dieser Ziele aufrechterhalten. Der APA erwartet weitere substanzielle Zugeständnisse beim Marktzugang, Wirtschaftsreformen zur Stärkung von Marktprinzipien, die Umgestaltung der chinesischen Industrie und Energieversorgung zu mehr Nachhaltigkeit und die Umsetzung international anerkannter Arbeitnehmerrechte, einschließlich des Verbots von Zwangsarbeit. Insgesamt zeigt das CAI, dass der bilaterale Verhandlungsweg nur ein Teil der Lösung darstellt. Die EU muss parallel auf eine internationale Zusammenarbeit im multilateralen Rahmen, auf eine effektive plurilaterale Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern sowie auf den Ausbau unilateraler Instrumente setzen.
- **Nationale Sicherheitsrisiken in den Wirtschaftsbeziehungen klar definieren:** Die deutsche Wirtschaft erkennt die besonderen Risiken für die nationale Sicherheit durch Chinas parteistaatlich gelenkte Hybridwirtschaft an. Die EU muss ihre Fähigkeiten ausbauen, um Risiken zu minimieren. Allerdings müssen die Bereiche, in denen tatsächliche Bedrohungen für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung bestehen, möglichst klar definiert werden. Die stetige Ausweitung des nationalen Sicherheitsbegriffs auf immer mehr Bereiche wirtschaftlicher Aktivitäten ist ein globales Phänomen, das insbesondere von China und den USA vorangetrieben wird. Die EU sollte diesem Trend durch möglichst klare, eng umrissene und EU-weit einheitliche Regeln bei Investitionsprüfungen, dem Schutz kritischer Infrastrukturen und in der Exportkontrolle entgegenwirken.
- **China-Agenda mit Partnern koordinieren:** Im Wettbewerb mit Chinas parteistaatlich gelenkter Hybridwirtschaft sitzen alle demokratischen Marktwirtschaften im gleichen Boot. Eine enge Abstimmung mit den USA, Japan, Australien, Südkorea und anderen Partnern würde die Verhandlungsposition gegenüber China, etwa beim Klimawandel oder im Umgang mit Subventionen und Staatsunternehmen, verbessern. Auch eine stärkere Koordinierung unilateraler Maßnahmen, wie Investitionsprüfungen, Exportkontrollmaßnahmen, Sanktionsmittel oder wirtschaftspolitische Defensivinstrumente, würde helfen,

nachteilige Auswirkungen des hybriden Wirtschaftssystems Chinas zu minimieren. Insbesondere gemeinsame Digitalstandards wären ein bedeutender Schritt im Wettbewerb mit China.

- **EU-Unternehmen gegenüber politischem Druck aus dem Ausland schützen:** EU-Unternehmen sind bereits vielfach von US-Exportkontroll- und -Sanktionsmaßnahmen gegenüber Drittländern betroffen. Beim Ausbau seines Exportkontrollregimes setzt China nun ähnlich wie die USA auf eine möglichst weitreichende extraterritoriale Wirkung und eine umfassende Definition nationaler Sicherheit. Besonders besorgniserregend sind regulatorische Entwicklungen in China, die EU-Unternehmen in die Lage versetzen könnten, chinesisches und US-Recht nicht gleichzeitig befolgen zu können. Die EU sollte gegenüber beiden Partnern ihre Vorbehalte zu Maßnahmen mit extraterritorialer Wirkung deutlich zur Sprache bringen. Ein von der EU-Kommission angekündigtes neues Instrument gegen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten könnte die Position von EU-Unternehmen verbessern.

Neben formalen Exportkontroll- oder Sanktionsmaßnahmen besteht in Bezug auf China auch ein erhöhtes Risiko informeller oder indirekter Zwangsmaßnahmen. Politische Differenzen zwischen China und demokratischen Staaten sind nicht neu. Allerdings haben die Reibungspunkte in den letzten Jahren nicht nur stark zugenommen, sondern sie haben auch immer deutlichere Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen. China hat in der jüngsten Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass es bereit ist, einzelne ausländische Unternehmen oder Wirtschaftssektoren unter Druck zu setzen, um außenpolitische Ziele zu erreichen. Der APA fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, in derartigen Fällen unbedingte Zeichen der Solidarität zu setzen. Der chinesischen Regierung muss klar sein, dass Maßnahmen gegen einzelne Mitgliedstaaten immer Auswirkungen auf die Gesamtbeziehungen mit der EU haben.

- **Liberal-demokratische Werte gegenüber China offen ansprechen und aktiv verteidigen:** Politische Themen (z. B. Umgang mit Minderheiten, Taiwan, Hongkong) haben einen immer größeren Einfluss auf deutsche Unternehmen mit Chinageschäft. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten setzen sich Unternehmen für eine verantwortungsvolle Mitgestaltung vor Ort ein. Der APA und seine Trägerverbände sprechen politische Themen wie die Menschenrechtssituation in China auch direkt gegenüber der chinesischen Politik an. Darüber hinaus unterstützt die deutsche Wirtschaft ein deutliches Eintreten der EU und ihrer Mitgliedstaaten für den Schutz universeller Menschenrechte. Die Wirtschaft ist bei der Einforderung von Menschenrechtsstandards in China und anderen Drittmärkten auf klare politische Leitplanken und Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten angewiesen. Die Politik darf die Lösung politischer Probleme nicht auf die Wirtschaft abwälzen.
- **Nationalen Austausch zu und mit China stärker europäisch gestalten:** Wirtschaft und Politik sollten sich noch stärker auf europäischer Ebene zu China austauschen. Außerdem sollte auch der Austausch mit China europäisiert werden. In nationalen Dialogformaten mit China sollten schrittweise pragmatische Impulse zur Europäisierung gesetzt werden. Die Bundesregierung könnte z. B. die deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen oder Wirtschaftsdelegationen in die Region stärker in den gesamteuropäischen Kontext einbetten.

Über den APA

Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft fungiert als Brückenbauer zwischen der deutschen Asienwirtschaft und der Politik in Deutschland und in den asiatischen Partnerländern. Der APA bündelt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anliegen und Interessen der deutschen Unternehmen in der Region Asien-Pazifik. Angestrebt sind die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asien-Pazifik-Region und die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen. Der APA ist eine Initiative von BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband. An der Spitze des APA steht seit Februar 2019 als Vorsitzender Joe Kaeser, Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens Energy AG.